

Feuer und Wasser

CDU und CSU wissen nicht, wie sie den Republikanern und deren Wählern begegnen sollen – mit Umarmungen oder Distanz?

Früh am Donnerstag vergangener Woche empfing Rita Süßmuth einen Koalitionsfreund. FDP-Außenminister Hans-Dietrich Genscher beriet mit der Bundestagspräsidentin, wie im Verhältnis zu Polen weiterer Schaden zu verhindern sei.

Die beiden sind von denselben Sorgen geplagt. Bundespräsident Richard von Weizsäcker hatte schon im Frühjahr seine Pläne für einen Polen-Trip zum 50. Jahrestag des deutschen Überfalls (1. September) nach CSU-Protesten storniert und erklärt, er werde dem Kanzler den Vortritt lassen. Helmut Kohl aber, das steht seit einigen Tagen fest, wird statt Mitte Juli frühestens im Herbst nach Warschau reisen.

Die Absagen passen den Hardlinern der Union genau ins Konzept: So kann den Sympathisanten der rechtsradikalen Republikaner deutlich gezeigt werden, wie streng Bonn polnische Milliardenwünsche abwehrt und wie wenig derzeit Versöhnungsgesten gefragt sind.

Statt dessen sind nach jahrelanger Pause wieder nationalistische Töne zu hören: Das Deutsche Reich sei mit der Kapitulation der Wehrmacht 1945 keineswegs untergegangen, verkündete Finanzminister Theo Waigel den Schlesern zur Freude ihres Vorsitzenden Herbert Hupka am vorletzten Wochenende auf deren Heimattag in Hannover. Kurzerhand erklärte der CSU-Vorsitzende die längst polnischen Gebiete jenseits von Oder und Neiße zur „deutschen Frage“.

Die Bereitschaft zur Verständigung sei offenkundig nur ein „Schlagwort“, klagte darauf das polnische Parteiorgan „Trybuna Ludu“, Revisionismus werde nun „in den Rang der offiziellen Bonner Politik“ erhoben. Die Zeitung wußte, wer oder was dahintersteckt: Der Erbe von Franz Josef Strauß hofiere die „neobraunen Republikaner“ und versuche sie rechts zu überholen.

Seit Franz Schönhubers Republikaner in Berlin und bei der Europawahl satte Stimmenprozente kassierten, ist in der Christenunion ein „Schwelbrand“ („Süddeutsche Zeitung“) ausgebrochen. Bedroht vom Verlust der Macht, schwanken die Unierten zwischen den Extremen: Rechts anbiedern oder nach rechts abgrenzen? lautet die Frage. Die Unberechenbarkeit von CDU und CSU belastet immer stärker auch die Koalition mit den Freidemokraten.

Während sich Bundeskanzler Helmut Kohl von Waigels Reden nur halb di-



Koalitionspartner Genscher, Süßmuth: „Ganz schlimm“

stanzierte („Wir haben keine Notwendigkeit, eine Grenzdiskussion anzufangen“), setzte sich der Außenminister scharf ab: „Außenpolitisch ganz schlimm.“ Er fürchtet, die Polen könnten jetzt das Verhandlungspaket einschließlich der schon fixierten Teile „wieder aufschnüren“.

Die Freidemokraten sind aber vor allem beunruhigt, weil der Koalitionspartner, von den Republikanern herausgefordert, die gemeinsame Ostpolitik in Frage stellt. Völkerrechtlich, das weiß Genscher, ist Waigels Position nicht anfechtbar: „Aber das hat nichts mit Recht zu tun, das ist Politik“ – und zwar aus freidemokratischer Sicht „ein Stück Restauration“.

Auch die CDU-Präsidentin, obenauf in der Beliebtheitsskala der Demoskopen, aber in der CSU-Schwesterpartei wegen Linksabweichung unten durch, ist in Sorge über den Versuch mancher Parteifreunde, die Republikaner per Umarmung zu erdrücken. Der CSU-Chef Waigel dürfe „nicht einen Horizont mit Erwartungen aufbauen, die kein Mensch erfüllen kann“. Die Parlamentspräsidentin setzt, da Staatsoberhaupt und Kanzler zu Hause bleiben, ein eigenes Zeichen: Zum 1. September reist sie nach Polen.

Durcheinander in der Union. Wer immer Rezepte für den Umgang mit den rechten Republikanern nennt, der erntet verbissenen oder vorsichtigen Widerspruch. Rufen die Unionsrechten nach alten konservativen Werten, kommt die Antwort aus dem linksverdächtigen Konrad-Adenauer-Haus, die Themen der Republikaner dürften nicht hoffähig werden. Meint einer wie der ehemalige Berliner CDU-Senator Heinrich Lummer, die Republikaner seien koalitions-

fähig, fordert Generalsekretär Heiner Geißler einen Unvereinbarkeitsbeschluß. Und CSU-Generalsekretär Erwin Huber liebäugelt sogar mit einer Wahlrechtsänderung, um alle kleineren Konkurrenten aus den Parlamenten fernzuhalten.

Während Geißler und der bayrische Innenminister Edmund Stoiber in seltener Einmütigkeit den Verfassungsschutz gegen die Republikaner zu Hilfe rufen, warnt der Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger, der sonst das Holzschnittartige liebt, vor Draufschlagen. Friedrich Zimmermann, der so gerne draufschlägt, gibt diesmal zu bedenken, vielleicht brauche die Union doch noch einmal einen kleinen Partner – verständlich: Mehr als die Hälfte der CSU-Wähler und immerhin auch ein Drittel der CDU-Klientel hält die Rechtsradikalen nach einer Forsa-Umfrage für koalitionsfähig.

Selbst der Verfassungsschutz hat die Orientierung verloren. Den Landesämtern ging vor kurzem ein Schreiben aus der Kölner Zentrale zu, in dem es heißt, es führe „wohl kein Weg an der Notwendigkeit der Beobachtung durch den Verfassungsschutz vorbei“. Es bestünden Zweifel, ob die „politischen Forderungen der Republikaner in allen Beziehungen den Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerecht werden“.

Kurz darauf traf ein neues Schreiben ein, das vorhergehende sei „als von mir zurückgezogen zu betrachten“. Gezeichnet Gerhard Boeden, Präsident des Kölner Bundesamtes.

Das Präsidium der CDU raffte sich letzte Woche zu einem Kraftakt auf: „Jede Vereinbarung über eine politische Zusammenarbeit und jede Koalition mit

„Lieber heute als morgen übertreten“

In der bayrischen Provinz wächst die Zahl der Grenzgänger zwischen Republikanern und CSU

Im Leben des Kaufmanns Franz Ludwig Glasauer, 41, hat sich allenthalben geändert, seit er sich vor fünf Jahren nach dem Besuch einer Republikaner-Versammlung im „Kollerbräu“ zu Landshut entschlossen hat: „Da gehst amoi dazua.“

Seine Videothek mit einer Jugend- und einer Erwachsenenabteilung hat er jüngst abgestoßen. Nun leitet er als Geschäftsführer in den gleichen Räumen an der Seligenthaler Straße in Landshut die RVG Verlags- und Vertriebsgesellschaft mbH, ein Unternehmen der Republikaner, an dem er mit einer Einlage von 5000 Mark zu 5,2 Prozent beteiligt ist. Den Rest teilen sich 61 Parteifreunde.

Statt Horror- und Pornofilmen („Diese Dinge habe ich zuletzt möglichst geringgehalten“) gibt es bei Glasauer nun politisches Werbematerial: Bierkrüge, Kugelschreiber, T-Shirts, Jogginganzüge, Flugblätter und das Parteiorgan „Der Republikaner“. In der Parteihierarchie steht der Video-Kaufmann nun oben – als Vorsitzender von Oberbayern.

Am Stammtisch im heimatlichen Burgharting, hart an der Grenze zwischen Ober- und Niederbayern, merkt Glasauer freilich gegenüber früher „keinen Unterschied“. Am Sonntag nach der Kirche trifft man sich beim Forster-Wirt zum Schafkopfen, pro Spiel ein Zehnerl, wenn der Pfarrer mit tut, ein Zwanzgerl. Der Republikaner: „Als NPDler könnt' ich mich an dem Stammtisch nimmer sehen lassen.“

Denn die ganz überwiegend an der CSU orientierten Landbewohner aus Burgharting halten einen Republikaner für ihresgleichen. Und der Stammtischbruder tut wohl gut daran, seine einstige Mitgliedschaft bei den Nationaldemokraten an diesem gemütlichen Ort zu verschweigen. Glasauer: „Das war ja nur ein Vierteljahr, a kloaner Ausflug, a Jugendsünde.“

Trotz aller Harmonie beim Forster-Wirt in Burgharting sieht Glasauer einen eklatanten Unterschied zwischen der herkömmlichen CSU und den Republikanern: „Mia müss'n moderater red'n, weil mia als neue Partei noch aufpassen müss'n.“

Gerade daran hatte es aber Glasauer bei einigen seiner 64 Auftritte im Europa-Wahlkampf offenbar fehlen lassen. Jedenfalls fing er sich nach einer Kundgebung im „Augustinerbräu“ zu Regensburg, auf der er „das Gesindel und den Abschaum“ der Demonstranten hinter den Gitterzaun des WAA-Geländes zu

verbannen empfahl, einige Strafanträge ein.

„Von Arbeits- oder gar Konzentrationslager habe ich nie gesprochen“, präzisiert Glasauer im nachhinein, „aber wenn wir in die Verantwortung kommen, dann wird dieser Spuk zu Ende sein.“ Bis zur Klärung der Vorfälle – er hatte angeblich auch Berlins Regierenden Bürgermeister Momper als „ausgehungerten Sittenstrolch“ und dessen Koalitionspartnerinnen als „grüne Schnall'n“ bezeichnet – ruht sein Parteiamt in Oberbayern, und die Parteiführung belegte den ungebärdigen Redner mit einem vorläufigen Auftrittsverbot.

Seitdem arbeitet der ehemalige Video-Händler eher im stillen. So faßte er zum Beispiel bei jenen der 25 Landshuter CSU-Stadträte nach, die nach seiner Kenntnis schon bei den Landtagswahlen 1986 heimlich die Republikaner gewählt haben. Dabei hatte er offenbar mehr Erfolg, als ihm lieb sein kann.

Denn nach dem Triumph bei der Europa-Wahl (Landshut: 18,7 Prozent für die Republikaner) denkt Glasauer schon an eine Art politischen Numerus clausus, um das Gedränge zu bändigen:



CSU-Abtrünnige Richter, Gerhart, Dorn: Fließende Übergänge an den Stammtischen

„Mia können doch net an jeden aufnehmen, der sagt, er kommt von der CSU.“

Das Gedränge zu den Republikanern kam für die idyllische Isarstadt Landshut eher überraschend. Denn hier bietet die CSU mit dem rechtsgewirkten Wahlkreisabgeordneten Friedrich Zimmermann und dem liberalen Oberbürgermeister Josef Deimer, der schon stets gegen die eigene Parteiführung auf-

muckte, ein außergewöhnlich breites politisches Repertoire.

Doch wie in Landshut franst überall im Land der rechte Rand der CSU zusehends aus, überall erweisen sich die Republikaner als Fleisch vom Fleisch der zuletzt auch von Franz Josef Strauß nicht mehr richtig zusammengehaltenen „Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlands“ (CSU-Eigenbeurteilung).

Fließende Übergänge zwischen den Christsozialen und der neuen Rechten gibt es nicht nur an den Stammtischen des Südstaats, sondern zuweilen auch innerhalb einer Familie.

So hat der CSU-Landtagsabgeordnete Rudi Richter, 61, aus dem fränkischen Fürth seine Ehefrau Ingeborg und den Sohn Klaus-Uwe, beide langjährige Unionsmitglieder, unversehens an die Republikaner verloren. Seither gibt sich der CSU-Vater kleinlaut: „Ich bin ja nicht das Sprachrohr meiner Familie.“

Sohn Klaus-Uwe, 30, Diplom-Betriebswirt in einem Wohnungsbauunternehmen, ehemals stellvertretender CSU-Ortsvorsitzender von Fürth-West und nun Republikaner-Chef von Fürth-Stadt, fühlt sich indessen von der väterli-



chen Union nur ein paar Schritte entfernt.

Mit dem Kreisvorsitzenden der Jungen Union, dem Rechtsreferendar Günther Kahl, 30, verbindet ihn zum Beispiel nach wie vor ein freundschaftliches Duzverhältnis. Beide machten in der Fürther Fußgängerzone Europa-Wahlkampf – nur war der CSU-Stand halt „schräg gegenüber“.

Klaus-Uwe Richter, der „vor allem nach dem Tod von Strauß“ seine konservativen Wertvorstellungen nicht mehr durch die CSU gedeckt sah, beteuert: „Nicht ich hab' meine politischen Überzeugungen geändert, sondern die.“ Längst hat er die Europa-Ergebnisse auf das Fürther Rathaus übertragen – acht Sitze für die Republikaner: „Da können wir dann schon ein Wort mitreden.“

Geradezu ein Paradebeispiel für die Wahlverwandtschaften zwischen Union und Republikanern ist der stellvertretende Bundesvorsitzende und stellvertretende bayrische Landesvorsitzende der Republikaner, Hans Dorn, 52, aus Lindenberg im Allgäu.

Nach 26jähriger Zugehörigkeit zur CSU wechselte der Stadt- und Kreisrat vor zwei Jahren zu den Republikanern über. Dem Rechtsanwalt, im Parteiorgan „Der Republikaner“ als „Bossi des Allgäus“ gerühmt, imponieren die sozialistischen und ökologischen Teile des Republikaner-Programms, mit denen er „bei der verkrusteten CSU sofort als Querulant abgetan“ worden wäre.

Der Schönhuber-Ersatzmann auf der Europa-Liste, der aus einem kleinen Bauernhof stammt (die 13 Kühe betreut sein Bruder), besucht regelmäßig drei Stammtische in Lindenberg – und auch ihm schlägt überall „ungeahnte Sympathie“ entgegen, auch und gerade von ehemaligen CSU-Kollegen. Dorn: „Die



und in den Familien

wählen uns alle, und einer hat mir sogar 500 Mark gespendet.“ In seiner Umgebung kennt er „20 bis 30 CSU-Leute, die lieber heute als morgen zu uns übertreten würden“.

Anders als sein Vorsitzender Schönhuber, der die Europa-Wahl auf Kundgebungen als eine „reine Geldwahl“ abgetan hat und nun über 16 Millionen Mark kassiert, nimmt Stellvertreter



Unionspolitiker Hupka, Waigel: Ein Stück Restauration?

Dorn „von den Republikanern keinen Pfennig“ (nur beim Parteiverlag ist er mit einer Einlage von 10 000 Mark mit von der Partie). Er betreibt Politik lieber „wie Fahrradfahren oder sonstwas“.

Mitleid war hingegen das Motiv für den Münchner Rechtsanwalt Max Michael Gerhart, 51, sich letzten November den Republikanern anzuschließen: „Mir ging's nicht um links oder rechts – ausschlaggebend für mich war, wie mit den Republikanern umgegangen wird.“

Als Kreisvorsitzender in Starnberg erzielte er bei der Europa-Wahl „auch schon ein zweistelliges Ergebnis“. Und als Autor im Parteiorgan „Der Republikaner“ pflegt er auf seine Art den vom Vorsitzenden angestrebten „geläuterten Patriotismus“.

Auf eine Weise, die im CSU-„Bayernkurier“ schwer vorstellbar ist, wettet Gerhart gegen „Großindustrie und Altparteien“ und deren „willfähige Helfershelfer“, von denen „uns Grenzwerte, Belastungsnormen und Becquerel verordnet werden, die auf Dauer viel unverdaulicher sein werden als die Verbrennungsmoral des Hitler-Regimes“.

Gern erörtert er seine „provokierenden Thesen“ auch mit seinem Sozios Rudolf Hanauer, mit dem er sich in der feinen Residenzstraße in der Münchner City ein Büro teilt.

Doch der Kollege, mit dem ihn „privat ein gutes Verhältnis“ verbindet, reagierte „zunächst mal entsetzt“ und „absolut ablehnend“. Das gehört sich wohl auch so: Hanauer war von 1960 bis 1978, länger als jeder andere, CSU-Präsident des Bayerischen Landtages.

links- und rechtsradikalen Parteien“ auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene wird abgelehnt. Die Landesverbände sollen die Einhaltung dieses Beschlusses sicherstellen; Sanktionen sind gleichwohl nicht festgelegt. Nur wenn das Verhalten „parteischädigend“ ist, erläuterte Geißler, droht einem Mitglied der Rausschmiß – ein weites Feld für Definitionen.

Die CSU beläßt es bei einer „klaren Absage auf allen Ebenen“, so Waigel, wenn auch für die kommenden Kommunalwahlen im März nur als „Empfehlung“. Absprachen sind in Bayern auch gar nicht nötig, denn am Stammtisch hocken rechte Repse und rechte CSU-Honoratioren ohnehin einträchtig beieinander (siehe Kasten).

Nach Ansicht des Immer-Querdenkers Kurt Biedenkopf führen beide Varianten, Ausgrenzung wie Anpassung, geradewegs in die Irre. In Wirklichkeit müsse die Union politische Defizite beseitigen. Da trifft er sich sogar mit dem Kanzler; auf die Frage „Wogegen protestieren die Leute in der Wohlstandsgesellschaft?“ will Kohl von einer Kommission die Antwort hören.

Die Bayern haben Ratschläge natürlich längst parat. Schon seit langem halten sie den „Nordlichtern“ (Strauß) vor, die Öffnung zur linken Mitte, wie sie Geißler betreibt, „verwischt das Profil“ (Stoiber).

Schon mancher Unionssympathisant hat über den „Wendebetrug“ geklagt, den der Herausgeber der rechtsextremen „Deutschen National-Zeitung“, Gerhard Frey, immer bejammert. Nationalbewußtsein, Wiedervereinigung, das „Reich“ in den Grenzen von 1937, Entkriminalisierung der Geschichte wären

aus der Sicht des Südens die entscheidenden Themen.

Europa – gut und schön. Aber die Grenzen dürften nicht für Verbrecher und Rauschgiftsüchtige fallen, und schon gar nicht seien die Deutschen der Zahlmeister Europas..

Andere Wegmarken für den rechten Kurs: Polizei und Bundeswehr verdienen Respekt als Grundfesten des Staates, nicht Mißtrauen. Die Nation braucht Mütter statt Emanzen, Kinder statt Abtreibungen. Die Schule soll traditionelle Werte vermitteln, nicht zur Aufsässigkeit erziehen. Die Russen bleiben Kommunisten, die Grünen sind keine Demokraten.

Das Problem der CSU: Sie kann den Gegner nicht zugleich bekämpfen und dessen Politik übernehmen. Ein Neun-Seiten-Papier aus Hubers CSU-Zentrale, angeblich zur Abgrenzung gedacht, belegt tatsächlich die ideologische Nähe zu den Republikanern.

Bei denen haben die Bayern „Phrasen über Europa“ und eine „menschenverachtende Sprache“ entdeckt – als ob das Grobe nicht Spezialität des Landes wäre. Die Rechtsausleger diffamieren Minderheiten, heißt es weiter, sie schüren dumpfe Gefühle, gar Ausländerhaß: Es liest sich wie Selbstkritik. Seltsam doppelsinnig auch die CSU-Klage darüber, „daß Schönhuber sich auf den großen Staatsmann Franz Josef Strauß beruft“ – zu Recht.

Genau dies bereitet dem CDU-Generalsekretär die größten Schwierigkeiten. Geißler behauptet zwar in einem 63-Seiten-Papier: „Rechtsradikale Politik und christlich-demokratische Politik sind wie Feuer und Wasser.“ Aber in Wirklichkeit redet die rechte Konkurrenz oft O-Ton CSU oder CDU.

In deren Reihen gab es ja einen, der – wie Schönhuber – eine Alleinschuld an den Weltkrieg zurückwies, gegen „Geschichtsklitterung“ wettete und meinte: „Wir dürfen nicht die Dauerbühner der Geschichte sein.“ Das war Franz Josef Strauß.

Ehrenwerte Unionschristen wie Lothar Späth, Zimmermann oder Dregger beklagen die Ausbeutung des deutschen Steuerzahlers durch Wirtschaftsflüchtlinge, wollen Ausländer nur als „Gäste“ dulden und fürchten um die „Bewahrung des nationalen Charakters“.

In Geißlers Dokumentation gelten solche Sprüche als „Verharmlosung“ der Vergangenheit, als „Fremdenhaß“ und als Belege für verfassungsfeindliche Tendenzen – bei den Republikanern. Und Geißler präsentiert eine verkehrte Welt, wenn er behauptet, die Radikalen verhinderten „mit ihren demagogischen Parolen sachliche Lösungen“. Weil die Union Lösungen schuldig bleibt, siehe Ausländer und Aussiedler, zündeten die Parolen der Republikaner.

Derzeit wiederholt sich, was die Unionschristen Mitte der sechziger Jahre schon einmal erleben mußten, als die rechtsextreme NPD entstand. Damals hatte „die den Volksparteien zugeschriebene Fähigkeit, Probleme zu lösen, vor allem bei der innerlich zerstrittenen Union im öffentlichen Urteil stark nach-



CDU-Generalsekretär Geißler
Hilfe vom Verfassungsschutz?

gelassen“, so beschreibt der Politologe Claus Leggewie in einem Buch über die Republikaner die damalige Situation.

Eineinhalb Jahre vor der Bundestagswahl glaubt Geißler das Patentrezept gegen die rechte Versuchung gefunden zu haben: Die CDU werde die Republikaner „mit derselben Entschiedenheit bekämpfen, wie sie dies Ende der sechziger Jahre erfolgreich mit der NPD getan hat“.

Ein Blick zurück: Die Nationaldemokraten flogen Anfang der siebziger Jahre aus den Parlamenten, weil die Union ihnen – ganz auf Strauß-Linie – das große Thema wegnahm, den Kampf gegen Kanzler Willy Brandts angeblichen Ausverkauf deutscher Interessen – allerdings aus der Opposition. Dort konnte sie alle Unzufriedenen um sich scharen und die Rechtswähler zurückgewinnen.

PARTEIFINANZEN

Stunde der Wahrheit

Durch die Ermittlungen der Münchner Staatsanwaltschaft gegen Republikaner-Chef Franz Schönhuber ist auch das Finanzgebaren der traditionellen Parteien erneut ins Zwielficht geraten.

Noch nie wurde der Leitende Oberstaatsanwalt Karl-Heinz Stocker derart von Journalisten aus dem In- und Ausland mit Nachfragen bestürmt wie vergangene Woche. Alle wollten von dem Leiter der Staatsanwaltschaft München I wissen, wie die Ermittlungen gegen Franz Schönhuber vorankommen, der wegen Betrugverdachts angezeigt worden war.

Der Republikaner-Vorsitzende soll falsche Angaben über die Aufwendungen seiner Partei im bayrischen Landtagswahlkampf 1986 gemacht und ihr dadurch 1,3 Millionen Mark Wahlkampfkostenerstattung verschafft haben. Auch in Berlin, wo wegen des Verdachts der Untreue und des Betrugs im Bereich des Landesvorstandes ermittelt wird, beschäftigen die Republikaner (Rep) die Strafverfolgungsbehörden.

Die Staatsanwälte operieren bei ihren Ermittlungen auf politisch heiklem Terrain. Ein Verfahren wie das gegen Schönhuber jedenfalls hat es nach Ansicht von Chefermittler Stocker „noch nie gegeben“. Mit Auskünften war der Behördenleiter deshalb zurückhaltend.

Bis von Amts wegen Klarheit geschaffen ist, wird laut Stocker noch „einige Zeit“ vergehen. Fest steht einstweilen nur, daß sich seinerzeit nach der Bayern-Wahl eine Führungsclique um Schönhuber ungeniert der ersten fetten Wahlkampfbeute bemächtigte, um die staatlichen Gelder nahezu ausschließlich für die Sanierung ihrer überschuldeten Partei zu verwenden.

Derzeit verplant der Rep-Führer die 16,5 Millionen aus der Wahlkampfkostenerstattung für die Europa-Wahl im Juni. Offen verkündete Schönhuber, mit Hilfe der Euro-Gelder werde eine neue Bundesgeschäftsstelle in Bonn etabliert und der „Schwerpunkt der Arbeit“ nach Norden verlagert.

Rechtens ist die Verwendung der Kostenerstattung für den Parteiaufbau nicht. In ihrem jüngsten Bericht über die Finanzen der Parteien hat Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth auf die Rechtslage hingewiesen: Die Verfassungsrichter hätten wiederholt betont, die Wahlkampfkostenerstattung sei nicht dazu bestimmt, die „laufenden Kosten der Parteien für die Unterhaltung ihrer ständigen Organisation und die Kosten ihrer Tätigkeiten“ zu decken, „die nicht unmittelbar dem Wahlkampf dienen“.

Allerdings: Diese Bestimmungen werden auch von den Bonner Parteien seit langem mißachtet. Daher gerät durch